

FDP Marzahn-Hellersdorf | Dorotheenstraße 56 | 10117 Berlin

Berlin, den 15. April 2024

Moritz Marc  
Koordinierungsstelle für  
Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf  
Neue Grottkauer Straße 5,  
12619 Berlin

**Freie Demokraten  
Marzahn-Hellersdorf**

Dorotheenstraße 56  
10117 Berlin

T: (030) 030-278959-0  
E: [info@fdp-marzahn-hellersdorf.de](mailto:info@fdp-marzahn-hellersdorf.de)

## Wahlprüfsteine des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf

### Thema Europa und Außenpolitik

#### 1. Soll die EU einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anstreben?

Ja. Wir Freien Demokraten befürworten einen ständigen Sitz für die EU im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

#### 2. Was sind Ihre außenpolitischen Prioritäten?

Wir Freie Demokraten setzen uns für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie ein. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir die regelbasierte liberale Weltordnung stärken und für Frieden und Menschenrechte eintreten. Deutschland muss seine Außenpolitik neu ausrichten, um den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Jedoch sehen mit Sorge, dass die regelbasierte Weltordnung zunehmend in Frage gestellt wird. Damit wird die Grundlage für Frieden und Wohlstand weltweit bedroht.

Wir setzen uns daher für eine wirksame Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen den russischen Angriffskrieg ein, die es ihr ermöglicht, ihr gesamtes Staatsgebiet inklusive der Krim von der russischen Besatzung zu befreien und Russland von weiteren Angriffen abzuschrecken. Damit verdeutlichen wir den Autokraten dieser Welt, dass sich durch militärische Aggression keine politischen Zugewinne erzielen lassen.

Darüber hinaus ist das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels ist für uns Freie Demokraten nicht verhandelbar. Wir stehen fest an der Seite Israels und setzen uns dafür ein, dass die EU dies auch tut. Wir fordern ein globales Sanktionsregime gegen antiisraelischen Terror.

Hinsichtlich der Volksrepublik China wollen wir die Wettbewerbsposition der EU stärken und wirtschaftlich unabhängiger werden. Wir wollen strategische Initiativen wie Global Gateway als Antwort auf die chinesische „Belt and Road“-Initiative stärken. Menschenrechtsverbrechen wie die massenhafte Internierung und Zwangssterilisierung der Uiguren müssen sanktioniert werden. Kritische Technologien dürfen nicht in die Hände von Systemrivalen wie China fallen. In diesem Kontext stehen wir fest an der Seite unseres Wertepartners Taiwan. Wir wollen zusammen mit unseren Wertepartnern in der Region auf allen Ebenen für die Stabilität in der Taiwanstraße eintreten und die Zusammenarbeit mit Taiwan ausbauen. Die Einbindung Taiwans in internationale Organisationen unterstützen wir.

#### 3. Wie kann der Frieden in Europa langfristig gesichert werden?

Für uns Freie Demokraten steht außer Frage: Die Europäische Union ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Sie hat den Menschen in den Mitgliedstaaten Frieden, Freiheit, Sicherheit, Fortschritt und Wohlstand gebracht! Diese Erfolgsgeschichte gilt es, durch mutige Reformen zu sichern und fortzuschreiben. Eine langfristige Friedenssicherung in Europa setzt eine auch militärisch starke und handlungsfähige EU voraus. Unser Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle. Die militärischen Fähigkeiten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) sollen stärker europäisch koordiniert und gebündelt werden. Den Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) wollen wir genauso wie die gemeinsame Rüstungsbeschaffung ausbauen. Wir wollen den

europäischen Pfeiler der NATO und damit die gemeinsame politische Handlungsfähigkeit der EU-Partner im Bündnis stärken. Deshalb setzen wir uns für gedeihliche und effektive Beziehungen zwischen NATO und EU ein und sorgen für eine Aufteilung und Priorisierung, die den Kompetenzen und Realitäten entspricht.

## Thema EU als Institution

### 1. Soll die EU erweitert werden?

Wir befürworten die Erweiterung der EU. Die EU-Beitrittsperspektive ist ein zentrales Instrument, um auf unserem Kontinent Demokratie, innere und äußere Sicherheit, politische Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand langfristig zu sichern. Die Kandidaten müssen selbstverständlich alle Kriterien erfüllen. Auf diesem Weg wollen wir die Länder unterstützen. Gleichzeitig setzen wir uns für mehr Realismus bei der Erweiterungspolitik ein. Bevor neue Mitgliedstaaten in die Union aufgenommen werden können, bedarf es institutioneller Reformen, die die EU erweiterungsfähig machen. Flexible Integration ermöglicht einigen Staaten weitere Schritte, während die Tür für andere offen bleibt.

### 2. Soll das EU Parlament nur noch einen festen Tagungsort haben?

Ja. Das Parlament soll einen Sitz in Brüssel haben. Außerdem soll das Parlament das Vorschlagsrecht für den Kommissionspräsidenten und Befugnis zur Gesetzesinitiative bekommen.

### 3. Was soll die EU für die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit ihrer Mitglieder tun?

Die Werte der EU – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – bilden das Grundgerüst der Union. Wer den Rechtsstaat missachtet, muss schnell und konsequent EU-Fördermittel verlieren. Zukünftig soll der Europäische Gerichtshof (EuGH) befugt sein, auf Antrag eines Mitgliedstaats, der Kommission oder des Parlaments EU-Gelder einzufrieren. Wir streben an, den Rechtsstaatsmechanismus auf die Verletzung sämtlicher EU-Werte auszuweiten, unabhängig davon, ob EU-Gelder betroffen sind.

## Thema Sozialpolitik

### 1. Soll es eine einheitliche EU Arbeitsmarktpolitik geben?

### 2. Soll es ein EU weites soziales Sicherungssystem geben?

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu Recht Aufgabe der Mitgliedstaaten sind. Nur in Fragen, die tatsächlich eine erhebliche grenzüberschreitende Bedeutung für den Binnenmarkt oder die Freizügigkeit haben, ist die EU politisch gefordert.

### 3. Die soziale Ungleichheit in der EU ist gewachsen (Vgl. z.B. [www.tagesspiegel.de/internationales/jedes-vierte-kind-betroffen-fast-20-millionen-kinder-sind-in-europa-arm-9462995.html](http://www.tagesspiegel.de/internationales/jedes-vierte-kind-betroffen-fast-20-millionen-kinder-sind-in-europa-arm-9462995.html)). Wie soll dem aktiv entgegengewirkt werden?

Das beste Mittel gegen soziale Ungerechtigkeit ist eine gute Bildungspolitik, die es jedem, unabhängig von der eigenen Herkunft, ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dafür setzen wir uns auf europäischer Ebene ein. Wir Freie Demokraten wollen es einfacher machen, Bildungs- und Arbeitsangebote in der gesamten EU zu nutzen. Denn beste Bildungs- und Berufschancen sind die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und individuellen Aufstieg. Wir wollen bestehende Hürden abbauen, damit der europäische Bildungsraum für alle Menschen in der EU zum persönlichen Chancenraum wird. Die Bildungsfreizügigkeit wollen wir als neue Grundfreiheit der Europäischen Union etablieren. Die Sozialpolitik bleibt für uns, wie oben bereits adressiert, Aufgabe und Vorrecht der Mitgliedstaaten. Die Mitgliedsstaaten wissen am besten, welche Probleme vorliegen und wie ist am besten gelöst werden.

## Thema Wirtschaft und Finanzen

### 1. Soll es innerhalb der EU gemeinsame Steuern oder die Festsetzung von Mindeststeuersätzen geben?

Die Erhebung von Steuern ist ein Privileg der Mitgliedstaaten. Dass soll aktuell auch so bleiben. Die Kombination von 28 nationalen Steuergesetzgebungen in der EU ergibt jedoch zwangsläufig Schlupflöcher. Um diese Lücken zu schließen, setzen wir uns für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer im europäischen Binnenmarkt ein. Hingegen lehnen wir die Festsetzung von Mindeststeuersätzen innerhalb der EU ebenso ab wie die Zulässigkeit sogenannter Tax-Deals, mit denen große Unternehmen die Höhe ihrer eigenen Besteuerung mit den Behörden eines Mitgliedstaats individuell aushandeln können.

### *2. Wie soll mit den Finanzmitteln für die Agrarpolitik umgegangen werden?*

Wir setzen uns für eine marktwirtschaftliche Gemeinsame Agrarpolitik ein, die weniger von Subventionen und Bürokratie geprägt ist. Statt ideologisch motivierte Beschränkungen finanziell auszugleichen, wollen wir eine Agrarpolitik ohne finanzielle Anreize, die die Wettbewerbsbedingungen verbessert und Bürokratie abbaut. Wir fordern einen schrittweisen Abbau der flächenbezogenen Direktzahlungen über 15 Jahre, um die Eigeninitiative der Landwirte zu fördern. Es ist wichtig, gleiche Standards und Produktionsbedingungen ohne zusätzliche Bürokratie sicherzustellen. Wir unterstützen Maßnahmen wie das Once-Only-Prinzip, um bürokratische Hürden zu verringern.

### *3. Soll es eine Vergemeinschaftung von Schulden, etwa in Form von Eurobonds geben?*

Wir stehen für solide Finanzen. Mit der FDP wird es keinen Einstieg in eine Schuldenunion geben. Europa muss in der kommenden Legislaturperiode wie vereinbart mit der Tilgung der für den Corona-Solidaritätsfonds aufgenommenen Kredite beginnen. Eurobonds lehnen wir ab. Die Einnahmen der EU sollen wie bisher hauptsächlich aus Überweisungen von Mitgliedstaaten, bemessen an ihrer Wirtschaftskraft, stammen. Für uns hat die Bekämpfung der Inflation oberste Priorität. Die Politik auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten muss die Inflationsbekämpfung durch die EZB bestmöglich unterstützen. Dazu gehört eine Haushaltspolitik, die auf weitere schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme verzichtet. Aus dem gleichen Grund muss ein glaubwürdiger Schuldenabbau in hochverschuldeten Mitgliedstaaten bei der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Vordergrund stehen

## **Thema Umwelt und Energie**

### *1. Wie kann eine ökologische, natürliche oder naturverträgliche Landwirtschaft gefördert werden, um biologische Lebensmittel für die breite Bevölkerung zugänglich zu machen?*

Wir Freie Demokraten wollen den Landwirten Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg, digitalen Fortschritt und eine eigenverantwortliche Risikoversorge gegen zunehmende Witterungsrisiken ermöglichen. Wir fordern daher europaweite Mindeststandards für den Tierschutz, die kleinere und mittlere Betriebe nicht überfordern. Beim Einsatz und der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln stellen wir uns klar gegen die ideologische Vorverurteilung und pauschale Einschränkungen. Die Zulassung einzelner Substanzen oder Stoffgruppen darf nicht willkürlich erfolgen, sondern muss nach wissenschaftlich fundierten Maßstäben vorgenommen werden. Wir setzen uns für konsequenten Bürokratieabbau, Markttransparenz, fairen Wettbewerb und marktwirtschaftliche Lieferbeziehungen mit klaren Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft ein.

### *2. Gentechnik soll zukünftig nicht mehr gekennzeichnet werden. Wie stehen Sie dazu?*

Die Potentiale der Gen- und Biotechnologie wollen wir nutzbar machen. Gentechnische Züchtungstechniken bieten mit hochpräzisen und kostengünstigen biotechnologischen Eingriffen umweltfreundliche Lösungen für die Landwirtschaft. Mit Blick auf die Zulassung von neuen Techniken setzen wir uns weiterhin dafür ein, das Gentechnikrecht grundsätzlich risikoangepasst und technologieoffen zu überarbeiten und an den Stand der Wissenschaft anzupassen. Wir setzen uns daher für eine innovationsaffine und risikoaverse Umgestaltung des Gentechnikrechts ein. In diesem Sinne befürworten wir den Wegfall der Kennzeichnungspflicht.

### *3. Welche konkreten Handlungsschritte möchte Ihre Partei der ökologischen Krise aus Klimawandel, Naturzerstörung und Ressourcenknappheit entgegensetzen?*

Wir wollen die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzen. Die FDP setzt auf den Emissionshandel und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhauslimit vorgibt. Bis 2035 streben wir die

Zusammenlegung der ETS 1 und 2 an, um die Effizienz zu steigern und verbleibende Emissionsquellen wie Abfall- und Landwirtschaft einzubeziehen. Unser mittelfristiges Ziel ist eine einheitliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Weiterhin wollen wir ein internationales Emissionshandelssystem etablieren. Darüber hinaus wollen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen, indem wir die hohen bürokratischen Hürden, die ihn bisher verzögern, konsequent abbauen. Der Weltklimarat hat bereits klargestellt, dass die Entnahme, Nutzung und Speicherung von CO<sub>2</sub> für das Erreichen der Klimaziele unabdingbar ist. Wir setzen uns daher für eine innovationsfreundliche Regulierung dieser Technologien ein. Zum Schutz der Artenvielfalt setzen wir auf marktwirtschaftliche Anreize, bspw. in Form von Biodiversitätszertifikaten nach australischem Vorbild.

## **Thema Migration und Asyl**

### *1. Wie sind sichere Außengrenzen zu gewährleisten?*

Für uns Freie Demokraten steht die Freiheit des einzelnen Menschen in Verantwortung für andere an erster Stelle. Sie ist untrennbar mit einer vielfältigen, selbstbestimmten und offenen Gesellschaft verbunden. Wir sehen die EU als eine Wertegemeinschaft, welche die Freiheit des Einzelnen schützen muss. Von der Reisefreiheit und unbeschränkten Mobilität im Schengenraum profitieren wir alle politisch, wirtschaftlich und kulturell. Wir wollen grundsätzlich ein Europa, in dem Menschen frei und ohne Grenzkontrollen reisen können. Notwendige Voraussetzung für offene Binnengrenzen ist ein konsequenter Schutz der europäischen Außengrenzen. Wir setzen uns daher für geeignete Grenzschutzmaßnahmen sowie eine moderne Sicherheitstechnik zur Überwachung des Grenzbereichs an den EU-Außengrenzen ein. Darüber hinaus fordern wir einen schnelleren Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex auf die vorgesehene Personalstärke von 10.000 Einsatzkräften. Begleitet werden muss dies von strukturellen Reformen und einer Erweiterung von Kontroll- und Transparenzmechanismen. Frontex soll auch die Seenotrettung auf dem Mittelmeer übernehmen. Weiterhin befürworten wir die Einrichtung Europäischer Asylzentren an der EU-Außengrenze, die unter Wahrung humanitärer Standards ein effizientes und schnelles Asylverfahren gewährleisten sollen. Wir wollen, dass Asylbewerber zur Bearbeitung des Asylverfahrens in sichere Drittstaaten überführt und bis zur Anerkennung des Asylantrags im Drittstaat untergebracht werden können – unter Gewährleistung humanitärer und rechtsstaatlicher Standards.

Der beste Schutz der Außengrenzen ist jedoch eine präventive Beseitigung der Fluchtursachen. Hier setzen wir uns für eine umfassende europäische Entwicklungszusammenarbeit ein.

### *2. Wie kann weiterhin ein Grundrecht auf Asyl garantiert werden?*

Das Grundgesetz garantiert das Recht auf Asyl. Dazu stehen wir Freien Demokraten ohne Wenn und Aber. Dazu gehört auch die politische Verfolgung aus religiösen Gründen oder aufgrund der sexuellen Identität.

### *3. Wie sollen beim Thema Migration und Asyl Menschenrechte eingehalten werden?*

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte als Grundlage einer freien Gesellschaft. Wir wollen eine EU, die entschieden gegen Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und gruppenbezogene Feindlichkeit vorgeht. Sowohl für die Asylzentren an den EU-Außengrenzen als auch in den Unterkünften in den Mitglieds-, Dritt- und Transitstaaten müssen humanitäre Mindestanforderungen eingehalten werden. Aufgrund der hohen Zahl von Asylbewerbern mit seelischen und körperlichen Verletzungen muss eine entsprechende medizinische sowie psychische Versorgung zur Verfügung stehen. Für minderjährige Asylbewerber sollen pädagogische Möglichkeiten geschaffen werden. Ferner sollen altersgerechter Spielzeug und Bücher zur Verfügung stehen. Für den Fall von unrechtmäßiger Behandlung soll in jeder Flüchtlingsunterkunft eine Beschwerdestelle den Austausch mit EU-Menschenrechtsbeobachtern ermöglichen.

## **Thema Digitalisierung**

### *1. Benötigt die EU eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung?*

Nein. Für uns sind der Schutz der Privatsphäre und das Recht auf Verschlüsselung sowie die Anonymität in digitalen Räumen unabdingbar. Netzsperrern, Chatkontrolle, Vorratsdatenspeicherung und anlassloses Ausspionieren der

Bürgerinnen und Bürger lehnen wir kategorisch ab. Die anlasslose Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern halten wir für einen unzumutbaren Eingriff in deren Persönlichkeit. Dies steht im Einklang mit der Entscheidung des EuGH vom September 2022.

## *2. Bedarf es des Aufbaus einer Zensurinfrastruktur im Internet?*

Nein. Die Meinungsfreiheit gilt auch im Netz. Daher setzen wir uns auch für die Abschaffung von Upload-Filtern ein. Wir Freien Demokraten plädieren stattdessen dafür, das Grundgesetz an die modernen Medientechnologien anzupassen. Neben der Erwähnung von Presse und Rundfunk sollte auch die Meinungsfreiheit im Internet verankert werden. Die FDP fordert daher eine Änderung von Artikel 5, um die Meinungsfreiheit im digitalen Raum zu gewährleisten.

## *3. Wie kann digitale Teilhabe für alle EU-Bürger\*innen gesichert werden?*

Digitale Teilhabe bedeutet für uns Freie Demokraten, Bürgerinnen und Bürgern die technischen Möglichkeiten zu geben, im digitalen Raum zu partizipieren. In diesem Sinne setzen wir uns auch für den umfassenden Ausbau digitaler Infrastruktur ein. Das Prinzip der Netzneutralität in der Europäischen Union verteidigen wir. Um die digitale Spaltung hinsichtlich Älterer zu überwinden, wollen wir ein zweites Bildungssystem schaffen, mit dem sich Menschen auch im Ruhestand unbürokratisch weiterbilden können. Auch der Zugang zu schnellem Internet in Alten- oder Seniorenwohnheimen gehört dazu. Um digitale Teilhabe für alle Altersgruppen und eine intuitive Bedienbarkeit für alle Internetnutzenden gleichermaßen zu ermöglichen, wollen wir öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten.

## **Thema Kinder und Jugend**

### *1. Was wollen Sie langfristig für Kinder und Jugendliche bewirken und erreichen?*

Wir wollen dafür sorgen, die Bildungspolitik in Europa zur besten weltweit zu machen, um damit allen Kindern und Jugendlichen in der EU ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür wollen wir Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit der EU etablieren und Erasmus+ weiter ausbauen und den Zugang für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende verbessern. Unser Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate ihrer Schulzeit im europäischen Ausland verbringen können. Außerdem wollen wir den europäischen Freiwilligendienst sowie den Kultur- und Sportaustausch zwischen den Mitgliedstaaten stärken.

### *2. Wie wollen Sie auch Kindern und Jugendlichen eine Teilhabe an der Mitgestaltung der EU ermöglichen?*

Die Senkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre war ein lang gehegtes Anliegen der Freien Demokraten. Wir haben uns entschieden dafür eingesetzt, dieses Ziel zu erreichen. Es erfüllt uns daher mit Freude, dass unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt waren. Dank der FDP ist es nun möglich, dass bereits dieses Jahr 16-Jährige an der Europawahl teilnehmen dürfen.

### *3. Halten Sie Studiengebühren für gerechtfertigt?*

Studiengebühren sind Ländersache, nicht Sache von Bund oder EU. Hochschulen müssen effizient mit Ressourcen umgehen können. Wir fordern langfristig die Abschaffung von Studiengebühren zur Sicherung der Bildungsgerechtigkeit. Die Hochschulfinanzierung sollte ausschließlich durch das Land Berlin und den Bund erfolgen. Wir unterstützen die Bundesbeteiligung an der Forschungsförderung und die Fortsetzung von Projekten wie der Exzellenzstrategie, insbesondere zur Förderung junger Wissenschaftler. Berlin sollte sein Engagement in der Hochschulfinanzierung nicht reduzieren, sondern ausbauen.

## **Thema Demokratieentwicklung**

### *1. Wie kann aus Ihrer Sicht der Einfluss der mächtigen Lobbyverbände in Brüssel begrenzt werden?*

Wir setzen uns für die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen auf EU-Ebene ein. Transparenz im Lobbyismus ist wichtig. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in der EU. Daher bedarf eines offenen Austauschs zur Förderung informierter politischer Entscheidungen und das bestehende Lobbyregister in analog zu dem in

Deutschland zu einem umfassenden Transparenzregister auszubauen. Dieses soll alle Arten von Interessenvertretungen erfassen und ihre Finanzierungsquellen offenlegen, um eine gleichberechtigte und transparente Interessenvertretung zu gewährleisten.

*2. Wie wollen Sie gegen eine europaweit erstarkende extreme Rechte vorgehen?*

Die extreme Rechte greift die Werte der Europäischen Union – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – in den Mitgliedstaaten und der EU selbst aktiv an und bedroht damit die Grundlagen friedlichen Zusammenlebens in Europa. Populisten profitieren von Unzufriedenheit und Chancenlosigkeit. Die beste Antwort darauf ist eine Politik, die Chancen eröffnet und damit allen Bürgerinnen und Bürgern der EU ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Liberale streben wir nach Mehrheiten für liberale Politik aus der Mitte der Gesellschaft. Außerdem sind wir überzeugt, dass es keine Verharmlosung oder Normalisierung von Rechtsextremen Parteien, egal ob in der EU, im Bund, im Land Berlin oder in unserem Bezirk geben darf. Wir stellen uns Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen. Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Die Beobachtung rechtsextremer Gefährderinnen und Gefährder muss zügig intensiviert werden. Die Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern. Für Menschen mit gefährlichen rechtsextremen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz.

*3. Welche Konzepte bestehen in Ihrer Partei gegen die verschiedenen Diskriminierungsformen?*

Diskriminierung und Gewalt aufgrund von Ethnie, Herkunft, Religion, Alter, Behinderung, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität muss EU-weit entgegengetreten werden. Die Unterdrückung von oder Angriffe gegen andere Menschen und Bevölkerungsgruppen sind stets Angriffe auf die Freiheit der ganzen Gesellschaft. Nichtregierungsorganisationen, die sich in diesem Bereich engagieren, sollen daher stärker als heute bedarfsorientiert von der EU gefördert werden. Europaweit soll das unternehmerische Konzept des ganzheitlichen Diversity Managements in der Arbeitswelt umgesetzt werden, um eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu schaffen. Dialoge zwischen Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften über Best Practices sollen dabei helfen, in Unternehmen und auch im öffentlichen Dienst der EU diesen Ansatz als Teil einer ökonomischen Modernisierungsstrategie zu verankern. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierungen umfassen. Weder für Mitgliedstaaten noch für Beitrittskandidaten darf es einen Rabatt bei der Achtung der Bürgerrechte von LSBTIQ geben. Mittel der EU an die betroffenen Länder sind bei Verstößen einzufrieren.

*4. Wie können die EU-Institutionen demokratisiert und das Europäische Parlament gestärkt werden?*

Wir setzen uns für ein starkes Parlament als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ein. Wir fordern daher, dass Parlament mit dem Recht zur Gesetzesinitiative und dem Vorschlagsrecht für die Präsidentin oder den Präsidenten der Kommission auszustatten. Darüber hinaus setzen wir uns für die Erarbeitung einer europäischen Verfassung ein, über die in einem gesamteuropäischen Plebiszit abgestimmt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Roman-Francesco Rogat  
Bezirksvorsitzender  
Freie Demokraten Marzahn-Hellersdorf